Sonntag, 26. September 1926 · 74. Jahrgang Nr. 455

Berliner

Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Einzel-Nummer 15 Pfennig

Mit „Jede Woche Musik"

Moden-Zeitung · Sport-Zeitung · Film-Zeitung · Haus- u. Garten-Ztg. · Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK"

Erscheint täglich zweimal. Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschliesslich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 30 Pfennig im voraus zahlbar; durch die Post 1,15 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 12gespaltene Zeile 80 Pfennig; für kleine Anzeigen: das Wort 20 Pfennig; das fettgedruckte Wort 40 Pfennig. Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Str. 46—49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 3440 bis 3462; für den Fernverkehr Nr. 4207 bis 4209. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 324, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Strasse 67-68, Wiener Strasse 1-6, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 346, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 197, Kochhannstrasse 8,

Chefredakteur: Otto Nuschke.

Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4, Rheinsberger Strasse 79, Fennstr. 1, Müllerstrasse 135, Badstrasse 61, Königstrasse 56-57, Rosenthaler Strasse 48, Rathenower Str. 3, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 38, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 59, Blücherstr. 69, Fidicinstr. 9; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 84, Scharrenstr. 39, Nürnberger Str. 25-26, Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1-2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94, Kaiser-Friedrich-Str. 247-48; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weissensee: Streustr. 120; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21-22; Cöpenick: Schlossstrasse 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 28; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 31.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Wege zum deutschen Einheitsstaat

Die Führertagung des Republikanischen Reichsbundes — Rationalisierung der Verwaltung gefordert

Die Unhaltbarkeit der heutigen Ueberorganisation

Der deutsche Republikanische Reichsbund hat einen guten Griff getan, als er für seine Berliner Tagung das Thema „Wege zum deutschen Einheitsstaat" zur Diskussion stellte. Gewiß, es hätte aktuelle, dringendere Fragen gegeben, für die der Reichsbund auch die geeignete Plattform wäre. Aber schließlich können solche Fragen, unter denen man vielleicht die große Koalition sehen könnte, von anderen Organisationen ebensogut in Angriff genommen werden. Anders die Frage des deutschen Einheitsstaates — nicht von heute auf morgen zu lösen, eine Aufgabe, die auf lange Sicht eingestellt sein muß, von Parteidoktrinen unabhängig, Tagesfrage und doch vor allem Zukunftsziel.

Bei der gestrigen Tagung, die heute fortgesetzt wird, hat es sich nicht darum gehandelt, Antworten zu finden, endgültige Ziele zu stecken. Zunächst heißt es, die Blicke zu schärfen für die Notwendigkeit der Aufgabe, im eigenen Lager die Anschauungen über die besten Wege zu klären. Dazu haben die gestrigen Referate und die Diskussionsreden wertvolles Material beigesteuert.

Die Referate

Die gestern im Stadtverordnetensitzungssaal des Berliner Rathauses eröffnete Tagung des Republikanischen Reichsbundes stand unter dem Prädium des Nürnberger Oberbürgermeisters Luppe. Das Rathaus hatte zu Ehren der Veranstaltung die städtischen Fahnen herausgesteckt, der Sitzungssaal selbst ist mit frischem Grün und den schwarzrotgoldenen Reichsfarben geschmückt. Unter den zahlreich Versammelten bemerkt man u. a. den Berliner Oberbürgermeister Böß, den Oberpräsidenten von Westfalen Gronowski, den Nestor der Demokraten Bahr (Landsberg a. W.), den früheren sozialdemokratischen Ministerpräsidenten von Sachsen Buck, die früheren Minister Südekum, Wolfgang Heine, Wendorff, ferner Oberpräsident Noske, Dr. Paul Nathan, den Regierungspräsidenten Dr. Pohlmann (Magdeburg), den Vorsitzenden des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes Leipart, Ministerialdirektor Brecht, Senatspräsidenten Großmann und Kroner. Reichskanzler a. D. Wirth wird beim Betreten des Saales mit lebhaftem Beifall begrüßt. Weiter sind zahlreiche Reichstags- und Landtagsabgeordnete des Zentrums, der Demokraten, der Sozialdemokratischen Partei und des Bayerischen Bauernbundes erschienen.

In einer vorangegangenen internen Sitzung wurde zur endgültigen Festsetzung des Programms, das ein republikanisches Mindestprogramm sein soll, eine besondere Kommission gebildet. Der Reichsausschuß soll das Programm noch in diesem Jahre endgültig verabschieden.

In den neu gebildeten Reichsausschuß wurden u. a. gewählt Frau Reichstagsabgeordnete Bohm-Schuch, Reichstagsabgeordneter Erkelenz, Regierungspräsident Ehrler, Chefredakteur Georg Bernhard, Generaldirektor Fick, Reichstagsabgeordneter Dr. Haas, Frau Staatsminister Dr. Haenisch, Ministerpräsident a. D. Bürgermeister Hirsch, Gesandter a. D. Hildenbrand, Schriftsteller Walter Hammer, Polizeivizepräsident Dr. Friedensburg, Rektor Kellermann (Berlin), Oberpräsident Noske, Dr. Heinrich Simon, Ministerpräsident a. D. Heidmann, Oberst a. D. Schützinger, Reichskanzler a. D. Wirth.

Oberbürgermeister Dr. **Luppe** begrüßte die Erschienenen namens des Republikanischen Reichsbundes. Er wies darauf hin, daß schon aus der großen Zahl derer, die der Einladung des Reichsbundes gefolgt seien, hervorgehe, wie aktuell das Tagungsthema sei: **„Welche Wege führen zum deutschen Einheitsstaat?"** Es sei heute wohl allen ernsthaften Politikern klar, daß die finanzielle Decke für die Aufrechterhaltung unserer **historisch gewordenen Ueberorganisation in Gesetzgebung und Verwaltung zu kurz** sei.

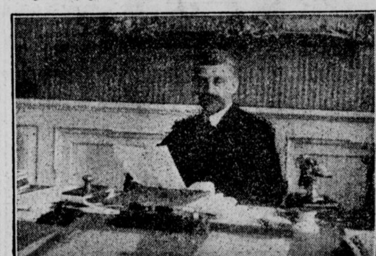
Der Apparat unserer öffentlichen Verwaltung müsse wesentlich vereinfacht, die innere Geschlossenheit des Reiches gestärkt, seine Gesamtwirtschaft gefördert und die demokratischen Ideen des einheitlichen und freiheitlichen großen Deutschland gefördert werden.

Mit einem Schlagwort bezeichnet, handle es sich um die „Rationalisierung" Deutschlands zur Hebung seiner Kraft als Staat und Volk. Dabei wies der Redner darauf hin, daß Vertreter kleinerer Länder wegen der Wichtigkeit dieser Kommunalprobleme sich zur Tagung des Reichsbundes eingefunden hätten. Weniger klar als die Notwendigkeit dieser Rationalisierung seien bisher die Wege, die zum Ziele führen. Sie zu klären und der Bewegung die richtige Bahn zu weisen, soll die Aufgabe der Tagung des Reichsbundes sein.

Der Berliner **Oberbürgermeister Dr. Böß** begrüßte dann die Versammlung und führte u. a. aus: Die Aufgabe, die sich Ihre Tagung gestellt hat, ist von grundlegender Bedeutung für das Bestehen der deutschen Republik. Zahlreiche Organisationen haben sich schon mit ihr beschäftigt. Aber der große Vorzug, der dem Deutschen republikanischen Reichsbund innewohnt, ist der, daß er aus Ueberzeugungstreue für die Republik diese Sache anfaßt. Mögen auch parteipolitisch eingestellte Kreise mit bestem Willen an diese Probleme herangehen. Ausschlaggebend ist, daß diejenigen, die Vorschläge für die Lösung der Aufgabe machen, als ersten ihrer Programmpunkte das Bestehen, die Erhaltung und die Förderung der deutschen Republik proklamieren. (Beifall.) Die Fragen, die Sie hier behandeln, sind grundlegend für die künftige Entwicklung der deutschen Republik: **Denn eine Republik, die zugrunde geht an ihren finanziellen Schwierigkeiten, an den Kosten ihres Verwaltungsapparates, verneint sich selbst, und eine deutsche Republik, die nicht die Kraft in sich findet, gesunde Grundlagen für ihr Bestehen zu schaffen, hat keinen Anspruch darauf, bestehen zu bleiben.** Wenn die Mitglieder des Deutschen republikanischen Reichsbundes der Frage des republikanischen Gedankens restlos ergeben sind, ihre Kraft zur Verfüguig stellen, so muß das Ergebnis ihrer Arbeit einen starken Widerhall im ganzen deutschen Volke finden. Und daß Sie sich im republikanischen Berlin für dieses große Ziel zusammengefunden haben, das begrüße ich vom Standpunkt unserer Stadt aus von ganzem Herzen. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende, Oberbürgermeister **Luppe**, dankte dem Oberbürgermeister und erklärte: **Wir sind glücklich, daß an der Spitze der größten deutschen Stadt ein Mann steht, der überzeugter Republikaner ist und auch den Mut hat, sich dazu zu bekennen.** (Lebhafter Beifall.)

Als zweiter Redner zum Thema der Tagung sprach dann Dr. Friedrich Fick, Präsidialmitglied des Hansabundes. Er führte



Oberbürgermeister Dr. Luppe,
der Führer des Republikanischen Reichsbundes

aus, die Verwirklichung des Einheitsstaates ist eine der vornehmsten Voraussetzungen für den Bestand der Republik. Die monarchischen Bestrebungen benützen den Föderalismus als Vorspann.

Das deutsche Volk muß sehr auf der Hut sein, daß die einheitsfreundlichen Bestrebungen der Weimarer Verfassung nicht durch Staatsverträge und Zugeständnisse aller Art an die Länder ausgehöhlt werden.

Die wirtschaftliche Einheit des Reiches ist an sich weniger gefährdet als die Einheit auf anderen Gebieten. Trotzdem werden auch hier schon hie und da Vorstöße seitens der hohen Bureaukratie der Länder gemacht. **Zweifellos zerfällt das Reich in große natürliche Wirtschaftsgebiete. Aber die Grenzen dieser Gebiete haben mit den Ländergrenzen durchaus nichts zu tun.** Je einheitlicher und größer das Wirtschaftsgebiet, desto besser fährt die Wirtschaft. Das zeigt Amerika. Wir dürfen aber vor allem auch auf Erweiterung des Wirtschaftsgebietes hinarbeiten. Auf durchaus friedlichem Wege kann das durch Einbeziehung Oesterreichs in unser Wirtschaftsleben geschehen. Eine Angleichung der wirtschaftlichen Bedingungen, enge finanzielle Verkehrsbeziehungen müssen hier den politischen Anschluß vorbereiten.

Ministerialdirektor **Dr. Spiecker** sprach über

Dezentralisation im Einheitsstaat.

Der Gedanke des nationalen Einheitsstaates müsse sich erst entwickeln und wachsen, und das auf dem Wege dahin in den letzten acht Jahren Erreichte sollte alle Freunde des nationalen Einheitsstaates mit Genugtuung erfüllen. Die Grenzen zwischen einem vernünftigen Föderalismus und einem gesunden Unitarismus sind sehr flüssig, und ein reger Ideenaustausch zwischen beiden kann nur förderlich sein. Beide müssen entschlossen sein, auf dem Boden und im Geiste der Weimarer Verfassung ihr Werk zu tun.

Die Weimarer Verfassung ruht auf dem Grundgedanken des nationalen Einheitsprinzips. Im übrigen aber besitzt sie Beweglichkeit genug, um den deutschen Stämmen volle Freiheit in wirtschaftlicher, kultureller und geistiger Hinsicht zu lassen.

Der Redner weist dann nach, daß politischer Zentralismus keineswegs eine Kulturuniformierung bedeutet, und daß auch die deutschen Stammeseigenarten darunter keinen Schaden leiden würden. Die Erfahrung zeige, daß angesichts unserer wirtschaftlichen Notlage die kleinen Länder sich nicht mehr selbst verwalten können und darum Anlehnung oder gar Aufgehen in größere Nachbarländer suchen müßten. Eine neue Arbeitsteilung muß zwischen den Behörden der politischen Zentrale und den gehobenen Selbstverwaltungskörpern geschaffen werden. Die politische Zentrale darf nur in ganz besonderen Fällen das Recht haben, in das Wollen und Wirken der Selbstverwaltungskörper einzugreifen. Ihre Machtbefugnisse müssen begrenzt sein, um die Aufgaben des Gesamtwohls des Volkes zu sichern. In Streitfällen muß ein unabhängiges Verwaltungsgericht zwischen Reich und gehobenen Selbstverwaltungskörpern — mögen sie Länder oder Reichsprovinzen sein — entscheiden. Selbstverständlich werden, dem Geiste der Reichsverfassung entsprechend, auch die Organe der Selbstverwaltung ihren Ländern verantwortlich sein müssen. **Das Reich wird deshalb auch darüber wachen müssen, daß auch in den Selbstverwaltungsbezirken die demokratischen Grundsätze der Weimarer Verfassung voll zur Auswirkung gelangen.** Ausbau der Selbstverwaltung ist der Weg zum nationalen Einheitsstaat.

Hierauf ergriff der **Gesandte a. D. Hildenbrand** das Wort zu seinem Referat über die

allgemeinen politischen und staatsrechtlichen Fragen

und führte dabei u. a. aus: Die Jahre von 1918 bis heute haben gezeigt, daß die Aufrechterhaltung von 22 einzelstaatlichen gesetzgeberisch wirkenden Städten nicht möglich ist. **Nicht nur die ganz kleinen, auch die mittleren Einzelstaaten sind nicht mehr in der Lage, neben den großen Verpflichtungen für das Reich, auch noch die Mittel aufzubringen, um sich das Vergnügen eines souveränen Staates weiterleisten zu können.**

Der § 18 der Verfassung gäbe ihnen die Möglichkeit, sich einem anderen Staatswesen anzuschließen und durch Vergrößerung des Territoriums und der wirtschaftlichen Kräfte ihre Leistungsfähigkeit zu heben. Bei den Staaten Mitteldeutschlands käme praktisch nur ein Anschluß an Preußen in Frage. Preußen stellt die Oberlandesgerichte, die Versicherungsämter, die Versorgungsämter und sonstige kostspielige Einrichtungen den kleineren Staaten zur Verfügung und kann dadurch einen starken Druck auf sie ausüben. Der Anschluß an Preußen ist aber bei den meisten nicht erwünscht. Die Abstimmung in Schaumburg-Lippe zeigt das deutlich. Vielleicht ist eine so starke territoriale Vergrößerung Preußens eher ein Hemmnis als eine Förderung zu einem einheitlichen Reich. Ich möchte daher glauben, daß für diese Staaten ein anderer Weg eröffnet werden muß.

Wenn die Bevölkerung eines Landes durch eine große Mehrheit den Willen bekundet, nicht an ein anderes Land, sondern an das Reich, sei es als Provinz, sei es als Reichsland, angeschlossen zu werden, so wäre damit der Wille des Gesetzgebers sicher erfüllt.

Es würde sich also darum handeln, die Form zu finden, in welcher das Reich die Verwaltung eines einzelnen Staates mit übernimmt, dadurch die doppelten Beamtungen beseitigt und, wenn die Interessen der so dem Reiche angeschlossenen Bevölkerung richtig gewahrt werden, den Weg zu dem einheitlichen Staate ebnet. Es ist ganz sicher, daß auf diesem Wege ohne Zwang und ohne Benachteiligung irgendwelcher Interessen eine Vereinfachung und eine Verbilligung erreicht werden könnte. (Lebhafter Beifall.)

Die Aussprache

In der den Referaten folgenden Aussprache sprach als erster Redner der Berliner Polizeivizepräsident **Dr. Friedensburg** über **„Die Frage der Vereinheitlichung der Polizei für das ganze Reich".** Der derzeitige Verfassungszustand, wonach das Reich die Polizeisouveränität mit Ausnahme gewisser Sondergerichte völlig den einzelnen Staaten überlassen hat, bedeutet nicht nur den stärksten Widerstand gegen den Gedanken des Einheitsstaates, sondern er hat in den letzten Jahren zu geradezu unabsehbaren Schädigungen geführt. **Für die Verbrecher gibt es keine Ländergrenzen, aber ihre Verfolgung wird außerordentlich erschwert dadurch, daß sie nicht einheitlich von einer Zentrale aus erfolgen kann.** Ja, daß wir noch nicht einmal eine zentrale Erkennungsdienststelle, eine einheitliche Verbrecherkartothek haben. Auch in der Verkehrspolizei macht sich der Mangel einer zentralen Regelung außerordentlich schädigend bemerkbar, weil jedes einzelne Land Sondervorschriften erlassen kann. Am schlimmsten wirkt die mangelnde Einheitlichkeit auf dem Gebiete der politischen Polizei, die eine ungeheure Bedeutung in den letzten Jahren gehabt hat und sie auf unabsehbare Zeit auch noch behalten wird. Die polizeiliche Auffassung politischer Fragen ist im Reiche und in den Einzelstaaten, beispielsweise Preußen, oft grundverschieden.

Als beispielsweise der preußische Innenminister den Vortrag des französischen Pazifisten Basch in Potsdam genehmigte und Polizeikräfte zur Abwehr der geplanten Versammlungssprengung einsetzte, wandte sich der Potsdamer Oberbürgermeister an den damaligen Reichsinnenminister Schiele, um bei ihm ein Versammlungsverbot durchzusetzen. Für die Exekutive ist so etwas von unheil-